



HESSISCHER LANDTAG

23. 03. 2004

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP

betreffend wieder mehr Schwung für Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Politik der von der CDU getragenen Landesregierung dringend neuen Schwung benötigt. Die Arbeit der Regierung ist von Zögerlichkeit, mangelnder Kreativität und Elan und teilweise fehlendem handwerklichen Geschick geprägt.

Der Landtag stellt ferner fest, dass die politische Entwicklung dieses Landes seit einem Jahr vor sich hin dümpelt. Entgegen aller Zusagen und Beteuerungen des Ministerpräsidenten, die in der letzten Legislaturperiode begonnene Politik von FDP und CDU fortzusetzen, hat die CDU-Landesregierung sukzessive Abschied von allen Politikbereichen genommen, die für eine bürgerlich-liberale Politik standen.

Der Landtag stellt des Weiteren fest, dass auch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Landespolitik den vorhersehbaren Eindruck bestätigt haben, sich als Fundamentalopposition gegen die CDU-Alleinregierung profilieren zu wollen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, insbesondere auf folgenden Politikfeldern zu einer bürgerlich-liberalen Politik zurückzukehren und Lösungsvorschläge für folgende Problembereiche zu erarbeiten:

1. Entschlossene Haushaltskonsolidierung

Die so genannte "Operation sichere Zukunft" ist zu kurzfristig angelegt, basiert nicht auf einer umfassenden Aufgabenkritik und führt zu keiner strukturellen Gesundung der Landesfinanzen. Notwendig ist die unverzügliche Vorlage eines mittelfristigen Konzepts zur Haushaltssanierung. Die in diesem Konzept enthaltenen Maßnahmen sind bis zum Ende dieser Legislaturperiode verbindlich umzusetzen.

2. Wirkliche Aufgabenkritik

Ferner ist es unbedingt notwendig, eine eingehende und umfassende Aufgabenkritik mit Ziel einer Reform der Hessenverwaltung hin zu einer effizienten und effektiven Behördenstruktur durchzuführen. Begleitet werden muss diese Arbeit mit der Aufstellung eines Behördenkatalogs. Durch Verlagerung von Behörden aus 1a-Lagen der Großstädte hin in ländliche Gebiete kann man nicht nur erheblich Kosten einsparen, sondern auch die Arbeitsplätze näher zu den Mitarbeitern bringen.

3. Erstellung eines Beteiligungskonzepts

Auf der Grundlage der Aufgabenkritik ist ein Beteiligungskonzept vorzulegen, das Auskunft gibt,

- welche Landesbeteiligungen im wohl verstandenen Landesinteresse erforderlich sind,
- bis wann sich das Land von den übrigen Beteiligungen trennt,
- wie die Veräußerungserlöse eingesetzt werden.

Der Verkauf von Landesanteilen, insbesondere an den Wohnungsbaugesellschaften und der Messe Frankfurt GmbH, aber auch ein effektives und gewinnbringendes Immobilienmanagement kann zur strukturellen Verbesserung des Landeshaushaltes beitragen.

4. Mittelstandsoffensive

Der Mittelstand als Antrieb und Garant des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstandes in Hessen bedarf der uneingeschränkten Unterstützung. Er ist innovativ, kreativ und Motor für Wachstum und Beschäftigung. Er ist zukunftsorientiert vor dem Hintergrund einer häufig langjährigen Firmentradition und ein stabiler Eckpfeiler der hessischen Wirtschaft, international ausgerichtet und lokal verankert. Er ist der Garant für die Schaffung von Ausbildungsplätzen.

5. Flughafenausbau

Für die wirtschaftliche Fortentwicklung unseres Landes ist die Erweiterung des Rhein-Main Flughafens unumgänglich. Der Flughafen ist weiterhin die größte Arbeitsstätte in Deutschland, trotz bekannter Einschnitte ist auch künftig die Luftfahrtbranche ein sich positiv entwickelnder Wirtschaftszweig. Die Entwicklung der Jobmaschine Rhein-Main-Flughafen darf weder durch fehlendes Fingerspitzengefühl noch durch handwerklichen Dilettantismus behindert werden.

6. Familienland Hessen

Das gesellschaftliche Engagement muss besonders den Kindern gelten. Personen mit Kindern ist deshalb von staatlicher Stelle besondere Unterstützung zu geben. Mit seinen Kommunen gemeinsam muss das Land Hessen ein flächendeckendes Angebot von Kindertagesbetreuung garantieren. Bei der Entscheidung zwischen Beruf und Familie, gerade für junge Paare, ist diese Frage der Kinderbetreuung von besonderer Bedeutung. Auch sollte dieses Angebot mittelfristig kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Deshalb muss eine Umverteilung der Finanzströme vorgenommen werden. Auch wegen der längeren Arbeitszeiten, nicht nur im Öffentlichen Dienst, sind auch längere Öffnungszeiten vorzuhalten.

7. Bürgerrechte stärken - mehr direkte Demokratie

Als Garant der Bürgerrechte fordert die FDP einerseits die Gewährleistung des Schutzes des Einzelnen vor dem Staat und andererseits ist auch der Staat in die Lage zu versetzen, den Einzelnen erfolgreich vor Dritten zu schützen. Dieser Interessenausgleich ist in der letzten Legislaturperiode hervorragend gelungen. Die Landesregierung wird aufgefordert, nicht mit übertriebenen Forderungen, z.B. im Bereich der DNA-Datei, der Ausweitung der Telefonüberwachung sowie möglicher Änderungen im Polizeigesetz, diesen Weg zu verlassen.

Auf Gemeindeebene müssen die Anforderungen an ein Bürgerbegehren erleichtert werden und auf Landesebene müssen die Hürden für die Zulassung eines Volksbegehrens gesenkt werden. Für den sich anschließenden Volksentscheid ist ein Zustimmungsforum von 25 v.H. der Wahlberechtigten notwendig, aber auch ausreichend.

8. Qualitätssteigerung an hessischen Schulen

Die Landesregierung gefährdet durch ihre Sparmaßnahmen an Hessens Schulen die Umsetzung der quantitativ vollständigen Unterrichtsabdeckung. Weitere Qualitätsverschlechterungen muss unverzüglich entgegengewirkt werden. So ist bei der Umsetzung der Arbeitszeitverlängerung der Lehrer darauf zu achten, dass fachlich qualifizierter Unterricht auch weiterhin gegeben werden kann. Die Lehrerbildung ist mit dem Ziel zu verändern, fachlich fundierte, aber pädagogisch ausgebildete und für die Schulen befähigte Lehrer zu haben. Fortbildung der Lehrer hat genauso Pflicht zu werden wie in den anderen Berufsgruppen auch.

Großen Wert muss auf den Erhalt der Schulvielfalt gelegt werden, denn Qualität zeigt sich auch im Nebeneinander der Schulformen.

9. Autonomie der Hochschulen

In der letzten Legislaturperiode hat die FDP/CDU-Regierung erreicht, dass die Hochschulen ein Stück aus der Umklammerung der Kultusbürokratie herausgelassen wurden. Die Hochschulen brauchen mehr Freiheit, erhalten aber auch mehr Verantwortung. Die Landesregierung wird aufgefordert, diesen Weg in die Freiheit nicht nur für die Modelluniversität TUD in Darmstadt, sondern für sämtliche Hochschulen zu ermöglichen.

Wichtig für die Autonomie ist aber auch die Fortschreibung des Hochschulpaktes im ursprünglichen Sinne. Die Einsparungen, die die amtierende Regierung auf Kosten der Hochschulen und zulasten der Hochschulen im finanziellen Bereich vorgenommen hat, können von den Liberalen nicht akzeptiert werden. Sie sind zurückzunehmen.

10. Modernisierung der Verfassung

Die Hessische Verfassung ist ein besonderes Dokument der Nachkriegszeit, verabschiedet vor dem Grundgesetz. Von Sozialisierung der Unternehmen über Todesstrafe bis hin zum konfessionsorientierten Religionsunterricht bestätigt sie nicht mehr die liberalen und weltoffenen Werte unseres Hessenlandes, mitten in Deutschland und mitten in Europa. Die FDP fordert eine Gesamtnovellierung mit dem Ziel der Verankerung einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft mit der geringst möglichen staatlichen Einflussnahme. So wenig Staat wie nötig, so viel Freiheit wie möglich, muss die Prämisse für eine vollkommen erneuerte Hessische Verfassung sein. Diese soll spätestens mit der Kommunalwahl im Jahre 2006 zur Gesamtverabschiedung dem hessischen Wahlvolk vorgelegt werden.

11. Demographische Folgen erkennen - politische Schlussfolgerungen ziehen

Besondere Aufgabe für die Zukunft ist die Erarbeitung der demographischen Entwicklung in Hessen. Die absehbare rapide Veränderung der Bevölkerungsstruktur in einigen Regionen unseres Landes ist darzustellen, die notwendigen Folgen sind aufzuzeigen und mit den regional und kommunal zuständigen Stellen abzustimmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 23. März 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Hahn